267

Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang . Dresden, Dienstag den 4. Oktober 1932 . Nummer 229

Dresdner Baustellen im Streik!

Die Bauarbeiter im Kampf gegen 50prozentige Lohnkürzung . Nazi-Streikbrecher . Verbreitert die Streikfront!

Dresden, 4. Okt. (Eig. Bericht.)

Die Baufirmen Louis Voigt, Lüttichaustraße, und Martin Arz, Pillnitzer Straße, haben eine 50prozentige Lohnkürzung von der 31. bis 40. Arbeitsstunde angekündigt, woraufhin die Belegschaft der beiden Firmen sofort im den Streik getreten ist.

Auf den Baustellen der Firma Louis Voigt, Hochschule und Lüttichaustraße, verrichten lediglich die Lehrlinge zur Zeit noch Arbeit, außerdem ist dort ein Nazimann namens Pietsch, erst seit heute Morgen als Streikbrecher beschäftigt.

Die auf der Baustelle Lüttichaustraße Streikposten stehenden Bauarbeiter wurden heute vormittag von dem Unternehmer Voigt angehalten, der ihnen mitteilte, daß sie mittlerweile allen anderen Streikenden ihre Papiere holen sollten. Mit dieser Entlassungsandrohung sollen die Bauarbeiter eingeschüchtert und zur Hinnahme des Lohnabbaues bewogen werden. Offenbar setzt der Unternehmer Hoffnungen auf weitere Nazistreikbrecher.

Demgegenüber müssen die streikenden Arbeiter in unvermiderter Wachsamkeit dafür sorgen, daß keinerlei Streikbruch verübt wird. Alle Erwerbslosen müssen Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern üben. Dasselbe gilt für alle Arbeiter aller Baustellen Dresdens, an denen jetzt ähnliche Vorstöße der Unternehmer zu erwarten sind.

Gegenüber allen diesen Vorstößen heißt es gerüstet zu sein.

Streik bis zum Sieg, das gilt als Losung aller Dresdner Bauarbeiter und auch der übrigen Arbeiter, die wie wir an einigen Beispielen an anderer Stelle beweisen, gleichfalls vom Lohnraub bedroht sind.

Streikbrecher durch Streik von der Baustelle entfernt

Die Baubelegschaft Zeziche, Limbach, sollte am Mittwoch mit einem Streikbrecher zusammen arbeiten. Die Belegschaft verweigerte dieses, ging nicht aus der Baubude heraus. Daraufhin mußte der Bauunternehmer den Streikbrecher wieder entlassen.

Dieses Beispiel zeigt, wenn die Proleten zusammenstehen der Einheitsfront, daß sie dann auch in der Lage sind ihre Forderungen durchzusetzen und faschistische Elemente von der Baustelle zu entfernen.

„Wir dürfen uns nicht übers Ohr hauen lassen"

Das ist die Stimmung, wie sie von den Arbeitern der Karosseriefabrik Emil Heuer in Radeberg zum Ausdruck gebracht wird. Infolge Stillegung dieser Fabrik, eines Schwesterwerkes der Firma Heuer in Dresden, ist bekanntlich am Donnerstag nach der Arbeitszeit aus dem Betrieb gegangen, weil von der 31. Stunde an Notverordnungslohnabbau erfolgen sollte.

Am Montag sind die Arbeiter wieder in den Betrieb gegangen, mit dem festen Vorsatz, am Donnerstag die Arbeit wieder niederzulegen, sollte der Unternehmer seine Lohnmaßnahmen nicht rückgängig machen.

Die Arbeiter dürfen sich in dieser Zeit aber nicht auf die Stunden, die mit dem Unternehmer geführt werden, verlassen, sie müssen vielmehr nun auch die letzte Konsequenz im Kampfe gegen den beabsichtigten Lohnraub ziehen und Arbeit ganz und gar bis zur Erfüllung ihrer Forderung nach Aufhebung des Lohnabbaues niederlegen. Die von den Arbeitern bereits geäußerte und oben erwähnte Stimmung muß Erkenntnis der ganzen Belegschaft werden und konsequenten Streik bis zur Erfüllung der Arbeiterforderungen!

Die „Drewag" auf dem Lohnabbaufeldzug

(Arbeiterkorrespondenz)

Der erste Direktor der „Drewag", Dr. Grün, hat bereits in der vergangenen Woche mit den Vertretern des Gesamtverbandes Kurpat und Linden am grünen Tisch über die von der Direktion ins Auge gefaßte Verkürzung der Arbeitszeit und einen gleichzeitigen 10prozentigen Lohnabbau konferiert.

Die „Drewag" wollte dafür 300 Erwerbslose einstellen — allerdings lediglich als „Saisonarbeiter", und zwar unter Tariflohn. Diese Arbeiter sollten getrennt von der übrigen Belegschaft für eine „besondere Arbeit" Verwendung finden. Offenbar gedachte die „Drewag" an eine verkappte Form der Arbeitsdienstpflicht.

Am Freitag teilte Dr. Grün dem Gesamtverbandsbonzen Kurpat mit,

> daß die „Drewag" „kein Interesse mehr an dem von ihm (Grün) vertretenen Plane habe, da die Ausführungsbestimmungen der Notverordnung erkennen ließen, daß es Steuerverrechnungsscheine für öffentliche Gesellschaften, deren Aktienkapital zu über 50 Prozent in öffentlichen Händen liegt, nicht gibt."

Das läßt ganz klar und deutlich erkennen, daß es der „Drewag" lediglich auf das Geschäft mit den Steuerverrechnungsscheinen ankam und gerade deshalb Neueinstellungen unter so skandalösen Bedingungen erfolgen sollten.

In einer Betriebsrätevollversammlung, in der diese Pläne der „Drewag" besprochen wurden, meinte Kurpat vom Gesamtverband: „Das Lachen ist nun auf unserer Seite." Indessen erklärten die RGO-Vertreter, daß noch gar kein Grund zum Lachen bestehe. Daß die „Drewag" ihre Pläne nunmehr auf Schleichwegen durchzuführen gedenkt, gab Kurpat selbst mit der Redewendung zu,

> man müsse darauf gefaßt sein, daß Grün nunmehr mit dem Plan der 45-Stunden-Woche kommt, ohne für die Arbeitsstundenverringerung Lohnausgleich zu zahlen.
>
> Dann stünde die Frage allerdings anders . . .

So lenken die Bürokraten vom Gesamtverband alle schon ein. Nachdem sie sich bereits bei Ausschaltung der Betriebsvertretung mit Grün ins stille Kämmerlein verkrümelt hatten, lassen sie nunmehr erkennen, daß sie nichts gegen die Durchführung des Lohnabbauplanes der „Drewag" auf anderen Wegen zu tun gedenken.

Um so mehr müssen wir „Drewag"-Arbeiter aufpassen und Voraussetzungen dafür schaffen, daß

> auch auf den geringsten Versuch des Lohnabbaues mit der sofortigen Streikaufnahme geantwortet wird.

In diesem Sinne heißt es in der für heute abend angesetzten Belegschaftsversammlung für alle „Drewag"-Arbeiter entscheidende Kampfbeschlüsse fassen, durch die auch der Schacher der Gesamtverbandsbürokratie mit der „Drewag"-Direktion unterbunden und durchkreuzt wird!

Arbeiterkinder kämpfen

Zur Internationalen Kinderwoche, 2.—9. Oktober

Nach der Schule sitzen die Kinder der Heimarbeiter noch stundenlang bei mühseliger Arbeit, um zum Verdienst ihrer Eltern beizutragen . . . .

„Jahrhundert des Kindes", so nannte die bürgerliche Schriftstellerin Ellen Key das 20. Jahrhundert, weil die Bourgeoisie sich im Zeitalter des Imperialismus intensiver als früher mit den Fragen der Kindererziehung beschäftigt. Die herrschende Klasse hat sehr gut erkannt, daß die politische Erziehung des Menschen bereits beim Kind beginnt. Darüber mögen zwar einige Spießbürger jammern, aber an den harten Tatsachen kommen auch sie nicht vorbei. Selbstverständlich schreien die Spießer usw. wenn es sich um die Politisierung von Arbeiterkindern handelt — gegen faschistische Kinderorganisationen haben sie nichts einzuwenden.

Die Politisierung der Arbeiterkinder ist eine wichtige Hilfe im proletarischen Klassenkampf. Immer größere Massen von Proletariern erkennen dies, vor allem im Zeichen der furchtbaren Wirtschaftskrise des untergehenden Kapitalismus. Besonders in Deutschland, wo die Wirtschaftskrise am meisten wütet, ist die Frage der Erziehung der Arbeiterkinder als klassenbewußte Kämpfer von größter Bedeutung.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise ist in Deutschland die Ausbeutung von Arbeiterkindern unermeßlich gestiegen.

Nach der Schule sitzen die Kinder der Heimarbeiter oft licht, oft und noch mehr Stunden, um in mühseliger Kleinarbeit zum Verdienst ihrer Eltern beizutragen. Viele Proletarierkinder müssen zwei bis drei Stunden vor Schulbeginn frühzeitig aufstehen, um zu reinigen, und Zeitungen austragen. Je mehr Proletarier durch die Wirtschaftskrise auf die Straße geworfen werden, desto weiter dehnt sich die Kinderarbeit aus, weil die Hungerunterstützung der Wohlfahrt nicht einmal mehr zu den notwendigsten Lebensmitteln ausreicht.

Nach der Weimarer Verfassung ist zwar die Kinderarbeit in Deutschland verboten, aber die Gewerbeaufsichtsämter, die über dieses Verbot zu wachen haben, gestehen in ihren Jahresberichten immer offener das Vorhandensein ihrer Arbeit ein. Man merkt dies, wenn man den folgenden Satz aus einem Erlaß des früheren christlichen Reichsarbeitsministers Dr. Brauns liest, der am 16. September 1924 schrieb:

> „Es ist ein verständliches Bestreben der Eltern, Kinder zur Erwerbsarbeit heranzuziehen."

So sind die wahren Vertreter der christlichen Grundsätze für Familienleben. Den Zwang aus Not nennt der Zentrumsmann „verständliches Bestreben". Hunger und Elend zwingen die Arbeiterkinder schon im zarten Alter zur Arbeit.

Hunger und Elend der Arbeiterkinder geben auch dem Volksschulwesen in Deutschland heute das Gepräge. Zusammengepfercht zu 50 und 70 Kindern sitzen sie in [illegible], kleinen geheizten und gelüfteten Klassenzimmern. Millionen Arbeiterkinder gehen ohne Frühstück zur Schule. Ihnen allen haben die bürgerlichen Parteien bis zu der SPD die letzten Groschen für die Kinderspeisung gestrichen. Panzerkreuzer sind ihnen wichtiger als Arbeiterkinder.

Und diese hungrigen, unterernährten Kinder werden von Lehrern unterrichtet, die immer offener und gefährlicher im Fahrwasser des Faschismus schwimmen. Kriegsbeschwörungen, Nationalismus, oft direkte Propaganda für die Nazis — damit werden die Arbeiterkinder in den Volksschulen vollgestopft. Die deutsche Bourgeoisie, die vor dem Kriege so stolz auf ihr Volksschulwesen war, steht in dieser Beziehung heute stets unter den anderen kapitalistischen Staaten.

Millionen Arbeiterkinder stehen in den Wohlfahrtsämtern. Millionen Arbeiterkinder haben noch niemals [illegible] gesehen, sondern müssen mit ihren Eltern in einem Bett zusammenschlafen. Scharen treten sie in die gefährlichen Anonymität unter Arbeiterkindern ein. So zeigt z. B. die Erhebung an spinaler Kinderlähmung von Jahr zu Jahr, Millionen dieser Kinderpflicher sind eine erschütternde, furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Ausbeutersystem.

Es ist nicht Satz, daß die Bourgeoisie die Gewinnung der Arbeiterkinder zum bewußten Klassenkampfe [illegible]

Die Streikwelle brandet höher!

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hamburger Verkehrsstreik geht mit größter Hartnäckigkeit weiter. Die Ankündigung, daß der Koalitionsvertrag auf der Langenhorner Bahn die Tenor einleiten will, hat große Erregung hervorgerufen. Gestern fanden in Hamburg Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen.

Die Fischereiarbeiter und -arbeiterinnen in Wesermünde und in Bremerhaven sind in den Solidaritätsstreik mit den Hamburger Hafenarbeitern getreten.

Unter den etwa 1000 Metallarbeitern, die sich im Streik befinden, wurde eine Urabstimmung über einen „Vermittlungsvorschlag" der Schlichter durchgeführt. Mit 82 Prozent der Stimmen die Streikenden die entschlossene Fortsetzung des Streiks.

In Stettin, Fahrzeugfabrik von Schröder, wird gestreikt. Als die Unternehmer eine Anzahl Nazis einstellten, um sie als Streikbrecher zu verwenden, gelang es den Arbeitern, die Nazis vom Streikbruch abzuhalten und zum Anschluß an den Streik zu veranlassen.

SPD gegen KPD-Winterhilfsprogramm

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung im Dresdner Rathaus lagen eine Reihe kommunistischer Anträge, in denen Hilfsmaßnahmen für die Hungerarmee der 130 000 in Dresden gefordert wurden. Ein Teil ist bereits am 15. September gestellt:

> Die SPD, die täglich in ihrer Presse einen periodischen Feldzug über ihre angeblichen „Leistungen" für die Werktätigen führt, verhinderte die Annahme dieser Anträge dadurch, daß sie gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien bereits 20 Minuten vor 23 Uhr einen deutschnationalen Antrag auf Schluß der öffentlichen Sitzung annahm.
>
> (Ausführlicher Bericht im Innern des Blattes.)